

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 2

Artikel: Das Dumping in der schweizerischen Zementindustrie
Autor: Marbach, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330217>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

OKTOBER 1929

HEFT 2
9. JAHRGANG

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALE DEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Das Dumping in der schweizerischen Zementindustrie.

Von Dr. Fritz Marbach, Bern.

Wenn an einer bestimmten Industrie in der Oeffentlichkeit oder zuhanden der Oeffentlichkeit Kritik geübt wird, so ist der Vorwurf, daß die betreffende Industrie *Dumping* treibe, dazu angetan, besondern Eindruck im Volke zu hinterlassen. Der in volkswirtschaftlichen Dingen durch die Schule in hohem Maße im Stich gelassene Bürger kann nicht wohl verstehen, daß eine Industrie, die im Ausland billiger verkauft als im Inland, oder die im Ausland gar unter Selbstkosten verkauft, zu solchen Absatzmaßnahmen durch Gründe bestimmt werden kann, die in den *sachlichen Verhältnissen* gegebener Produktions- und Gesellschaftsorganisation ruhen. Die preisliche Bevorzugung des Auslandes erscheint dann der Oeffentlichkeit als «wirtschaftlicher Vaterlandsverrat», wobei daran nicht gedacht wird, daß der Konsument im allgemeinen ebenfalls Dumping treibt. Nicht *aktives*, sondern *passives* Dumping, indem er sich, allerdings ohne sich dessen immer bewußt zu werden und oft ohne Möglichkeit, seinem Konsumentenschicksal zu entrinnen, durch das Ausland bedumpfen läßt. Die Frage des Dumpings ist, wohl seit Bestehen entwickelter kapitalistischer Handelsbeziehungen, nicht nur vom großen Publikum, sondern teilweise auch seitens der Wirtschaftswissenschaft unter dem Gesichtswinkel ethischer Bewertung betrachtet worden. Unter dieser Betrachtungsweise sind dann die betriebswirtschaftlichen Kostengründe allzusehr in Hintergrund getreten, so daß Werturteile zustande gekommen sind, die keine Rücksicht auf die objektiven Verhältnisse der herrschenden Wirtschaftsweise genommen haben. Die folgenden Ausführungen sollen keineswegs dem Zwecke dienen, dem Dumping als etwas in allen Zeiten Unausweich-

lichem das Wort zu reden. Sie sollen vielmehr zeigen, daß unter *gegebenen Verhältnissen*, also innerhalb der kapitalistischen, historisch gewordenen Wirtschaftsorganisation, ein bestimmter Betrieb oder eine bestimmte industrielle Branche gezwungen werden kann, zum Dumping als zu *einer* möglichen Maßnahme der Kostensenkung resp. der Profiterhöhung (unter Umständen Verlustverminderung) Zuflucht zu nehmen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem als gegeben unterstellt, das heißt, ein Wirtschaftssystem vorausgesetzt, in dem privates Ertragsstreben das wirtschaftliche Hauptagens ist, bleibt es objektiv gleichgültig, ob eine Profiterhöhung so oder so zustande kommt, vorausgesetzt, daß die Maßnahmen im Rahmen gesetzlicher Zulässigkeiten bleiben. Anders liegen die Dinge, sobald man sozialen oder kollektivwirtschaftlichen Maßstab anlegt. In diesem Fall wird die Profiterhöhung eines individuellen Betriebes etwa auf Grund der Lohnsenkung vom Standpunkt der Arbeiterschaft und vom Standpunkt der Allgemeinwirtschaft aus (Notwendigkeit des Vorhandenseins von Massenkaufkraft im Zeitalter standardisierter Produktion) zu schwersten Bedenken Anlaß geben. Dasselbe kann vom Dumping als einer Maßnahme der Kostensenkung nicht wohl behauptet werden, insofern, und das ist hier immer vorausgesetzt, *kapitalistische Warenproduktion in nationalen und zollautonomen Ländern vorherrscht*. An Hand einer Analyse des schweizerischen Zementdumpings möge diese Ansicht — im Gegensatz zu der in unserer und andern Parteien vorherrschenden Meinung — hier erhärtet werden. Vorerst sei noch kurz festgestellt, was hier unter Dumping verstanden wird. Dumping wird hier aufgefaßt als Preisunterbietung im Exportverkehr resp. Belieferung des Auslandes mit einer Ware unter Inlandspreisen oder gar unter Selbstkosten der exportierenden Industrie. (Eine wissenschaftlich einheitliche Definition des Begriffes Dumping existiert nicht. Für die zu unternehmende Analyse genügt aber die erwähnte Definition vollständig, wobei aber immer als wesentlich vorausgesetzt ist, daß der Preis für die dem Ausland gelieferte Ware *bedeutend* unter dem Inlandpreis steht.) Das Dumping der Zementindustrie (in vielen andern Industrien werden die Verhältnisse ähnlich sein) kann nicht verstanden werden ohne die Kenntnis des wesentlichsten Faktors der Kostengestaltung im modernen kapitalintensiven Betrieb, des Ausnutzungsgrades der Produktionsanlagen. Durch die Untersuchung der eidgenössischen Preisbildungskommission sind wir über die Produktionsverhältnisse, speziell über den Ausnutzungsgrad der zementindustriellen Betriebe, zuverlässig berichtet. Der effektive Inlandsabsatz der schweizerischen Zementfabriken betrug für das Jahr 1927 höchstens 60 Prozent ihrer Produktionskapazität. Es ist verständlich, daß bei einem Ausnutzungsgrad von vielleicht 90 Prozent (100 Prozent Aus-

nutzung darf als nur theoretische Größe gewertet werden) eine Menge gleich der Hälfte des Inlandabsatzes, das heißt 23,000 Wagen pro 1927, zu wesentlich sinkenden Kosten hergestellt werden könnte, bzw. daß bei diesem Ausnutzungsgrad der Industrie die Tonne Zement, auch im Durchschnitt der gesamten Produktion berechnet, wesentlich billiger produziert würde. Es ist eines der bedeutendsten Gesetze der modernen Kostenlehre, daß in kapitalintensiven Betrieben, das heißt in Betrieben mit hohem *fixem Kapital*, die Kosten pro produzierte Einheit sehr wesentlich vom Ausnutzungsgrad der Anlagen abhängen. Auf diesen Umstand weisen die Industriellen mit Recht hin, und es ist eines der schlagendsten Argumente der Befürworter der sozialen Planwirtschaft, daß sie dem kapitalistischen System die Unzulänglichkeit in bezug auf den Ausnutzungsgrad der industriellen Anlagen zum Vorwurf machen. Die Klage speziell der Zementindustriellen über ungenügende Betriebsausnutzung entspringt natürlich einer Ertragssorge, aber deshalb ist die Klage nicht unberechtigt, weil wir sie aus dem Munde der Industriellen selber zu hören gewohnt sind. Es war kein Geringerer als Karl Marx, der in seinen Werken auf die hohe Bedeutung der Ausnutzung der Kapitalanlagen hingewiesen hat. Man wäre nicht verlegen, Dutzende von Marxzitaten diese Fragen betreffend anzuführen. Wir beschränken uns hier auf ein Zitat aus dem — leider so wenig gelesenen — dritten Bande des Kapitals, wo Marx sagt: «Staats- und Gemeindesteuern, Feuerversicherung, Lohn verschiedener ständiger Angestellter, Entwertung der Maschinen und verschiedene andere Unkosten einer Fabrik laufen unverändert voran bei langer oder kurzer Arbeitszeit; im Verhältnis, wie die Produktion abnimmt, steigen sie gegenüber dem Profit.» Marx wollte hier zeigen, wie das Kapital aus Ertragsgründen durch Verlängerung der Arbeitszeit Einsparungen an konstantem resp. fixem Kapital zu erzielen sucht, wobei der maximale Tagesausnutzungsgrad bei modernem Dreischichtenbetrieb noch nicht in Betracht gezogen ist. Gleich wie ein schlechter *zeitlicher* Ausnutzungsgrad industrieller Anlagen (die Russen versuchen jetzt sogar die Ausschaltung der Sonntagsruhe, ob im *allgemeinen* zu Recht oder zu Unrecht, bleibe dahingestellt, weil es fraglich ist, ob eine Ruheentschädigung durch freien Werktag, immer für einen Teil der Arbeitenden, nicht schwere soziale Schäden nach sich zieht), wirkt ein schlechter Ausnutzungsgrad in *räumlicher* Hinsicht. (Ausnützung zum Beispiel nur eines Teils der Produktionsmaschinerie.) In den kapitalintensiven Betrieben fällt oder steigt nämlich die Dotierung des Betriebes durch lebendige Arbeitskraft nicht mit dem Grade der Betriebsausnutzung. Die Lohnkosten sind allerdings nicht *fixe* Kosten, die unbeschadet der Produktionsmenge total gleich hoch bleiben resp. pro produ-

zierte Einheit bei zunehmender Produktion stark fallen oder bei abnehmender Produktion pro Einheit stark steigen. Es sind auch nicht sogenannte proportionale Kosten, die sich im Total entsprechend dem Ausnützungsgrad verhalten. Der Zementbericht nennt die Lohnkosten, anlehnd an den hervorragenden deutschen Betriebs- und Volkswirtschaftler *Günther Kühn*, *penderative* Kosten. Lohnkosten sind somit solche Kosten, die je nach dem Ausnutzungsgrad einer Industrie variieren, aber nicht proportional diesem Ausnützungsgrad, sondern nur in seiner Richtung. *Bezogen auf die produzierte Einheit* werden also die Lohnkosten bei sinkendem Ausnutzungsgrad ebenfalls steigen, wenn auch nicht im Ausmaße der fixen Kosten. Bei 60prozentiger Ausnutzung der sehr kapitalintensiven Zementindustrie werden somit auf eine Tonne Zement wesentlich mehr Lohn entfallen als beispielsweise bei 90prozentiger Ausnutzung. Das klassische Beispiel hierfür bietet die Zementfabrik Holderbank, die 1927 mit rund 130 Arbeitern 7600 Wagen Zement hergestellt hat, die aber zur Herstellung von 12,000 Wagen nur 5—10 Arbeiter mehr hätte einstellen müssen. Die Lohnkosten wären somit mit steigendem Ausnutzungsgrad total ebenfalls gestiegen, aber nicht annähernd im Maße der Produktionszunahme; *bezogen auf die Produktionseinheit* wären sie aber gefallen, weil 135—140 Arbeiterlöhne auf 12,000 weniger ausmachen als 130 Löhne auf 7600 Wagen, *sofern man sie auf den einzelnen Wagen bezieht*. Schon aus der bisher entwickelten Kostenbeobachtung wären die Grundlagen zum Verständnis des Dumpings mit Leichtigkeit zusammenzustellen. Die Dinge vereinfachen sich aber in der Zementindustrie insofern, als der «räumliche» Ausnutzungsgrad vielleicht nicht dieselbe Rolle spielt wie der zeitliche, wobei dieser zeitliche Ausnutzungsgrad nicht bezogen sei auf den Tag oder die Woche, sondern auf das Jahr. Tatsächlich liegen die schweizerischen Zementfabriken in schlechten Jahren viel längere Zeit nacheinander *vollständig still* als in guten Jahren. Mit etwelcher Willkür, aber in theoretisch nicht unzulässiger Weise läßt sich in Anlehnung an die Praxis, wenn auch nicht ganz entsprechend der Praxis (es kann eventuell eine Zeitlang nur ein Ofen laufen, oder nur eine Anzahl von Mühlen), der Ausnutzungsgrad der schweizerischen Zementindustrie auf Zeiteinheiten, z. B. Monate, reduzieren. Wenn 10 Tage lang nur die halbe Maschinerie läuft, so würde die Reduktion auf zeitlichen Nenner 5 Tage ausmachen. Auf so einfache Formel reduziert, würde eine 60prozentige Ausnutzung eines Zementwerkes durch die Inlandproduktion bedeuten, daß während 7,2 Monaten gearbeitet wird, während 4,8 Monaten stillgelegt. Wenn wir einen Monat für ohnehin nötige Reparaturen rechnen, so würde bei 60prozentigem Ausnutzungsgrad das Werk technisch unnötigerweise

(vorerst nur kaufmännisch nötigerweise) während 3,8 Monaten stillliegen. Hier setzt nun die Dumpingüberlegung des Zementindustriellen wie folgt ein: Der Mann sagt sich, die Lage auf dem Inlandsmarkt erlaubt mir nur ein Arbeiten während 7,2 Monaten. Den Inlandmarkt auszudehnen, habe ich nicht die Macht, denn auch eine fühlbare Reduktion des Inlandpreises garantiert mir innerhalb nützlicher Frist eine wesentlich bessere Ausnutzung nicht, ganz abgesehen davon, daß ich persönlich der Kartellabrede wegen nicht in der Lage bin, den Inlandpreis von mir aus zu regulieren. So wie die Dinge momentan liegen — so überlegt der Industrielle resp. der Betriebsleiter —, bin ich gezwungen, nach möglichst hohem Ertrag zu streben. Ich produziere meine Ware nicht um der Versorgung der Welt wegen, sondern weil ich hier mein Kapital am vorteilhaftesten zu verwerten hoffe. Wenn ich 3,8 Monate lang nicht produzieren kann, dann verschleißt mir trotzdem die Maschinen, es laufen gleichwohl die Zinsen der Passivkapitalien, die Versicherungskosten, es laufen gleichwohl die Kosten der Verwaltung. Die Arbeiter, könnte ich die eventuell entlassen? Doch diese Überlegung ist nur kurz. Denn erstens einmal macht mir die Entlassung der Arbeiter keine Reklame, zweitens schädigt mich der Personalwechsel auf die Dauer (neues Anlernen usw.) mehr, als mich die Lohnersparnis nützt, und drittens leben wir in einer Zeit, da man mit den Arbeitern weder gleich verfahren kann noch will, wie etwa in frühkapitalistischer Epoche. Der Betriebsleiter entschließt sich also zur Weiteranstellung der Arbeiter und konstatiert, daß jetzt auch die Lohnkosten voll oder fast voll laufen. Nun sieht dieser Betriebsleiter, der vielleicht im Inland für den Wagen seines Produktes 490 Franken ab Fabrik löst, die Möglichkeit des Exportes, falls genügend PreiskonzeSSIONEN gemacht werden. Sagen wir, die Fabrik könne für 300—350 Franken, Inlandsqualität angenommen, franko nahe gelegene Grenzstation liefern. In diesem Falle handelt es sich offenbar um ausgesprochenes Dumping. Der Betriebsleiter kalkuliert, daß er bei einem Erlös von 300—350 Franken (abzüglich kleines Frachtbetreffnis) am Zement verlieren würde und Fallit machen müßte, wenn er allen und jeden Zement so verkaufen müßte. Aber, sagt er sich weiter, statt den Betrieb 3,8 Monate technisch unnötigerweise stillzulegen, arbeite ich doch auf Export, weil ich dann am Export auch bei effektiven Verlustpreisen verdiene, deshalb, weil mir der Exportpreis doch die Lohnkosten zahlt, die ich sonst selber zu begleichen hätte und weil ich noch anderweitige Kosten (vielleicht sogar einen Teil der Verwaltungskosten), die mir auch bei stillgelegtem Betrieb laufen würden, vom ausländischen Bezüger bezahlt erhalte. Mit andern Worten bedeutet die Überlegung des Betriebsleiters, daß dann, wenn die *Gesamtproduktion* eines Jahres auf

Grund der Exportpreise kalkuliert würde, der Betrieb mit Verlust arbeiten und auf die Dauer fallieren müßte, daß aber der Dumpingpreis bei *Sonderkalkulation* des Exportquantums doch ein kaufmännisch positiver Preis ist, weil er einen Teil der Verluste einbringt, die mit der vollständigen Betriebsstilllegung während der erwähnten Zeit verbunden sein müßten. Mit Hilfe des Dumpings ist also jetzt tatsächlich ein Teil der dem Inland resp. der Inlandindustrie auch ohne Dumping erwachsenden Kosten durch das Ausland gedeckt worden. Wäre nicht gedumpt worden, dann würden die Kosten, die auch während der Stilllegungszeit gelaufen wären (das heißt also die fixen und penderativen Kosten), entweder den Ertrag der Industrie oder im Ueberwälzungsfall den Inlandkonsum belasten.

Wir sehen somit, daß das Dumping im bestimmten Fall der Zementindustrie aus kostentheoretischen und kostenpraktischen Gründen herauswächst, die ihrerseits eng zusammenhangen mit der Entwicklung der kapitalistischen Betriebe vom lohnintensiven zum kapitalintensiven Unternehmen, bei dem hohe Zinsen fortwährend *fest* laufen und bei dem die «Abkömmlichkeit» der Arbeiter resp. die Möglichkeit der «Arbeiterentlassungen entsprechend dem Auftragsbestand» stets kleiner wird, weil die Maschine hier die lebendige Arbeit und nicht mehr die Arbeit die Maschine «beherrscht». Mit wieder andern Worten, weil die wachsende Präponderanz des fixen, auf die Produktionseinheit sich stark auswirkenden Kapitals so zugenommen hat, wie es Marx nicht nur ahnte, sondern vor mehr als einem halben Jahrhundert im wesentlichen vorausgesagt hat. Der Drang zum Dumping, den wir heute oft erkennen können, wie in noch viel höherem Maße der Drang zum (kostensenkenden) Trust ist nichts anderes als die Kraft, mit der sich der kapitalistische Prometheus der «Fesseln in Form des fixen Kapitals» zu entledigen sucht, in die der zürnende Zeus nicht den Feuer-, aber den *Maschinenbringer* schlagen ließ. Wenn die Zementindustrie dumpft oder kartelliert oder gar zum Truste drängt, dann handelt sie ökonomisch zwangsläufig, und eine moralische Bewertung ihrer Handlungsweise kann nicht sie treffen, sondern nur die ökonomische resp. gesellschaftlich-organisatorische Grundlage, auf der jene Zwangsläufigkeit ruht.

Je mehr man fortfährt, Marx im Munde zu führen, aber Marx nicht zu lesen, je mehr werden zur Beurteilung ökonomischer Phänomene die Kategorien der Moraltheologie als Eideshelfer herbeigezogen, je mehr werden infolgedessen die ökonomischen Zwangsläufigkeiten, wie sie etwa mit der Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (Zunahme des Maschinen- und Rohstoffkapitals im Vergleich zum Lohnkapital) verbunden sind, außer acht gelassen. Und so ergibt sich dann das neue sozialpsychologische Phänomen, daß das Kapital und

dessen Vertreter in der Produktion nach marxistischen Entwicklungsvoraussagen handeln, während politische Vertreter der Arbeiterklasse die ökonomische Grundlage in der Oekonomie selber verlassen. Es ist dann möglich, daß die Hilflosigkeit kapitalistischen Auswüchsen gegenüber so weit geht, daß man, wie das kürzlich in der Schweiz sogar von sozialdemokratischer Seite aus geschah, die freie Konkurrenz (eine der Grundlagen des ideell reinen Kapitalismus und eine Selbstmörderin innerhalb der ökonomischen Potenzen) als letzte Helferin in der Not gegen diejenigen anruft, die nicht mehr in der Lage sind, ihr politisch-ideell auf freier Konkurrenz beruhendes Gebäude zusammenzuhalten, weil eben die Zwangsläufigkeiten des ökonomischen Werdens stärker und mächtiger sind als die herrlichsten Stellen eines politischen Programms. Das sind Frontverkehrungen, die bedenklich sind und die dazu anregen müßten, wirtschaftliche Phänomene wieder wirtschaftlich verstehen zu lernen. Mit Schlagworten ist Dingen wie dem Trust oder dem Dumping nicht beizukommen, weil das politische Schlagwort vielleicht etwas negiert, das die wirtschaftliche Entwicklung bejaht, wenn vielleicht auch nur unter gegebenen Umständen einer gegebenen Produktionsorganisation. Wir sind in unserem Aufsatz vom Dumping ausgegangen. Kehren wir zu ihm zurück. Wenn wir oben versuchten, eine Erklärung des Zementdumpings (es handelt sich nicht um Dumping schlechthin, sondern um das Dumping einer bestimmten und besonders «dumpingbeklagten» Industrie) aus den ökonomischen Zwangsläufigkeiten zu geben, dann heißt das noch keineswegs, daß das Dumping *an sich* eine hervorragende Sache oder *an sich*, losgelöst von den Kostennöten einer bestimmten Industrie, auch nur eine wünschenswerte Sache sei. Durchaus nicht. Im Dumping, das, betriebsindividuell betrachtet, aus rationellen Gründen betrieben werden kann, liegen, allgemein wirtschaftlich betrachtet, oft schwere ökonomische Verschwendungen begründet. Es ist zweifellos wenig rationell, wenn Amerika Drahtnägel nach Deutschland und Deutschland Drahtnägel nach Amerika dumpt, so daß der einzige Unterschied zwischen Drahtnägeln — abgesehen von der verschiedenen Herkunft — in Amerika und Deutschland der ist, daß die ersteren zu Unrecht mit der Ueberfracht Ost-West und die letzteren zu Unrecht mit derselben Fracht West-Ost belastet sind, also das gemeinsam haben, daß sie um die Ozeanfracht verteuft werden. Wie das Dumping allgemein weiter wirken kann, das hat die Preisbildungskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements in ihrer Zementarbeit auf Seite 22 prägnant niedergelegt: «Eine Frage für sich», heißt es dort, «ist es, inwieweit das Dumping *schutzzöllnerische Bestrebungen* im Ausland fördert und hinwiederum die bestehenden Zölle zum Dumping anregen. Führt

das Dumping zu vermehrter schutzzöllnerischer Abwehr des Auslandes, dann verzichtet das Ausland, wie vorher schon das zollgeschützte Inland, auf die Anteilnahme an besonders günstigen fremden Produktions- oder Kalkulationsverhältnissen. Es findet eine Rückbildung der internationalen Produktions- und Tauschverhältnisse in dem Sinne statt, daß jetzt jedes Land — ungeachtet der besondern Eignung — eine rein nationale zollgeschützte Industrie aufweist. Da nun im In- und Ausland im Schatten der Zölle (beim Zement namentlich auch des Frachtschutzes) *hohe Kartellpreise* aufrechterhalten werden können, entsteht für die Industrie des In- und Auslandes ein Anreiz zu teilweiser Produktionsverlegung ins Ausland, was, wie gerade jetzt zu konstatieren ist, in kreuzweisen Produktionsmittel- bzw. Kapitalwanderungen zum Ausdruck gelangt. Die Unsicherheit, die dem Dumpingexport infolge der Kampfansage der ausländischen Konkurrenten anhaftet, führt zu internationalen Kartellabreden. Das Dumping kann so indirekt zu gegenseitiger internationaler Garantie der Kartellpreise durch Monopolbildung in den einzelnen Ländern Anlaß geben.» Man ersieht aus diesen prägnanten, aber doch weite Komplexe umfassenden Ausführungen, daß die Betrachtung des Zementdumpings als Resultat der Zwangsläufigkeit in der Kostengestaltung oder als allgemeines handelspolitisches Phänomen eine ganz verschiedene sein kann. Vom Augenblick an jedoch, da klar wird, daß ein Dumping (die Verhältnisse liegen nicht überall so klar wie in der Zementindustrie, weil hier z. B. ein Preisfall sich kaum so intensiv auf den Konsum auswirkt wie vielleicht bei Schokolade oder bei den Waren, die sich auf der Grenze zwischen Lebensnotwendigkeit und Luxus befinden) in der Kostenersparnis resp. in dem Drang der kapitalintensiven, aber ungenügend ausgenützten Betriebe zur Kostensenkung begründet liegt, wird man erkennen müssen, daß das Dumping nicht bösen oder guten Herzen, sondern der Wirtschaftsverfassung, wie sie eben *ist*, entspringt. Dabei ist es vorläufig ganz gleichgültig, wie sich die Dumpingmaßnahmen auf die nationale und die Weltwirtschaft allgemein auswirken. Maßgebend ist vorläufig der Betrieb, der das Dumping wie irgendeine andere Maßnahme der Kostensenkung anwendet, sobald es wirklich kostensenkenden «Ertrag» verspricht. Die Wirtschaftenden sind also deshalb gar nicht anzuklagen, weil sie so wenig delikat sind, dem Herrn Jakobssohn in Deutschland billiger zu liefern als dem Herrn Bluntschli in der Schweiz. Sie achten einfach, was ihre kapitalistische Pflicht ist, auf die Gesetze der Kostengestaltung und wenden sie an. *Etwas anderes*, ganz anderes ist es aber, wenn erwiesen ist oder erwiesen werden sollte, daß ein bestimmtes Dumping, z. B. das Zementdumping oder das Auslandschleudern überhaupt zu irgendwelchen im saldierten Plus- und Minusaus-

gleich zu beobachtenden weltwirtschaftlichen Störungen führt oder zu Verschwendungen, wie wir sie am Beispiel der deutsch-amerikanischen Drahtnagelsendungen beobachten konnten. Unter solchen Umständen muß natürlich das Dumping der Kritik ausgesetzt werden. Aber diese Kritik kann dann nicht den *Wirtschaftenden* treffen, sondern die *Wirtschaft*, das heißt die *Wirtschaftsorganisation*, die die Grundlagen dafür geschaffen hat, daß *gesellschaftliches* Interesse und *Betriebsinteresse* sich nicht immer decken. Die Kritik muß dahin gehen, daß der Mann aus dem Volk, dem Wirtschafter und Politiker, namentlich die letzteren ihre Ansichten mitteilen, verstehen lernt, daß nicht das Wirtschaftssystem *unter anderem* deshalb unzulänglich ist, weil gedumpt wird, sondern daß gedumpt wird, weil ein sozialökonomisch unzulängliches System der Wirtschaft den Betrieben oft keinen andern Ausweg der Kostenenkung übrig läßt als den des Dumpings. In einer Wirtschaft, die nach Plan verfüre, wäre eine Produktionsorganisation denkbar, die Kosten auf viel einfachere und für den Arbeiter selbst vorteilhafte Weise ersparen könnte. Das heißt wieder, daß eine Produktionsorganisation denkbar wäre, die dafür sorgt, daß die Kostendegression bzw. die Ausnutzung der fixen Kapitalanlagen eine *maximale* ist. Eine solche Organisation — sie braucht, um konstantes Kapital zu sparen resp. fixes Kapital maximal auszunutzen, noch nicht sozialistisch zu sein — setzt allerdings einen hohen Entwicklungsgrad der kapitalistischen Kapitalkonzentration und Kapitalzentralisation voraus. Aber sie setzt auch noch etwas anderes voraus: die Gewißheit, daß die zu vollkommeneren Wirtschaftsmöglichkeiten hinstrebenden Wirtschafter in ihren Absichten nicht deshalb gehemmt werden, weil sie gelernt haben, Personen und Einzelbetriebe als systemumkreisende Monde und nicht als das System selbst aufzufassen. Eine weitere selbstverständliche Voraussetzung ist gegeben, die, daß auch die politischen Vertreter der Arbeiterschaft erkennen, daß die freie Konkurrenz nicht das erstrebenswerte Ziel ist, daß vielmehr die freie Konkurrenz in absoluter oder relativer Existenz einen reichen Anteil jener Schuld zu tragen hat, die dafür sorgt, daß unser heutiges Wirtschaften eine Tragödie der Verschwendungen ist.
